



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Wirtschaftsausschuss**  
- L 214 -

Kiel, 4. Februar 2016  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1142  
(0431) 988 1171  
Fax (0431) 988 610 1180  
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

*68. Sitzung des Wirtschaftsausschusses*

*am Mittwoch, dem 3. Februar 2016, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung führte der Wirtschaftsausschuss eine mündliche Anhörung zum Bericht der Landesregierung betreffend **Perspektiven für die Westküste**, [Drucksache 18/2584](#), durch.

Sodann nahm er auf Antrag des Abg. Callsen, [Umdruck 18/5519](#), einen Bericht des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zur **aktuellen Diskussion über die Befahrensordnung für Kite-Surfer und deren wirtschaftspolitische Auswirkungen** entgegen.

Der Ausschuss beschloss, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes (ArchIngKG) sowie Neufassung des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz - IngG)**, [Drucksache 18/3724](#), sowie zum Bericht der Landesregierung betreffend **Integration von Flüchtlingen auf den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/3714](#), schriftliche Anhörungen durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende für beide Anhörungen bis Freitag, den 12. Februar 2016, zu benennen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Industriestandort Unterelbe stärken und weiterentwickeln**, [Drucksache 18/3693](#), zur Annahme. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend **Zukunftsfähige Weiterentwicklung des Industriegebiets Unterelbe**, [Drucksache 18/3738](#) (neu), zur Ablehnung.

Ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion von CDU und FDP empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Baumaßnahmen des Bundes planungsrechtlich schneller absichern**, [Drucksache 18/3737](#), zur Ablehnung.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend **Gründung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes unterstützen - Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr stärken**, [Drucksache 18/3373](#), zur Ablehnung. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der FDP empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag sodann ebenfalls die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP betreffend **Keine Bundesautobahngesellschaft - Auftragsverwaltung des Bundes für die Bundesfernstraßen und die Bundesstraßen durch die Länder beibehalten**, [Drucksache 18/3190](#).

Zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend **Zukunft der Städte und des ländlichen Raumes**, [Drucksache 18/3505](#), beschloss der Wirtschaftsausschuss, sich dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses anzuschließen.

Den Bericht der Landesregierung betreffend **Betriebliche Wiedereingliederung stärken - Durchführung einer Evaluation zum betrieblichen Eingliederungsmanagement in der Landesverwaltung**, [Drucksache 18/3686](#), nahm der Wirtschaftsausschuss abschließend zur Kenntnis und empfahl dem Sozialausschuss, sich im Wege der Selbstbefassung mit diesem Bericht zu befassen.

Folgende Tagesordnungspunkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Verkehrsbeschleunigungsgesetz**,  
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/3739](#)
- **ÖPNV mit zusätzlichen Regionalisierungsmitteln im ländlichen Raum stärken**,  
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3636](#)
- **Vermiedene Netzentgelte streichen und Referenzertragsmodell beibehalten**,  
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3347](#)
- **Kein Zwangseinbau von „Smart Metern“ - Wahlfreiheit und Datenschutz bei der Digitalisierung der Energiewende gewährleisten**,  
Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/3645](#).

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Thomas Wagner